

Abonnement, durch Träger oder Post, monatlich DM 6,60 einschl. Zustellgebühr. Postabnehmer DM 6,06. Auslandsbezug DM 9,— einschl. Porto. Anzeigenpreisliste Nr. 24 vom 15.7.1961. Verantwortlich für Anzeigen: Karl Heinz Holz.

# DIE WELT



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Donnerstag, 1. November 1962

C 7197 A

Ausgabe H Nr. 256 - Preis 30 Pf

## Bundesjustizminister Stammberger fordert seine Entlassung

### Stammberger

Be. — Wenn die Begleitumstände der Aktion gegen den „Spiegel“ den Bundesjustizminister zu seinem lückentrittsgesuch veranlassen, so fällt damit ein Schatten auf die politische Führung. Und es scheint, als könne sogar die Gefahr einer Koalitionskrise nicht mehr von der Hand gewiesen werden.

Wir gehen davon aus, daß Stammbergers Entschluß mehr ist als nur ein Theaterdonner, mehr ist als momentane Verzögerung darüber, daß der Justizminister nicht untersucht wurde. Wen verstört es nicht, daß ausgerechnet er, dem die Bundesanwaltschaft unterstellt ist, nicht informiert wurde, während sein Staatssekretär, Strauß, voll ins Bild gesetzt worden ist? Daß der Minister den Freien Demokraten angehört, der Staatssekretär aber den Christlichen Demokraten, dürfte das Mysterium erklären.

Von Zufall kann hier jedenfalls nicht die Rede sein. Denn ähnlich ist es ja dem auch der FDP angehörenden nordrhein-westfälischen Innenminister Weyer ergangen, dem die Mitwirkung der Polizei an der Aktion in Bonn sorgfältig verschwiegen wurde.

Für die Freien Demokraten stellt sich deshalb die Frage des Vertrauens, und das in einer Angelegenheit, die wegen der Art, mit der sie betrieben wurde, ein hochpolitischer Fall geworden ist. Bevor man über das Verhalten des Staatssekretärs Strauß im Bundesjustizministerium oder über hohe Beamte in Düsseldorf den Stab bricht, wird man Klarheit darüber gewinnen müssen, ob sie aus eigenem Antrieb so gehandelt haben oder ob sie sich Weisungen beugten, die sie nicht von ihren Ministern, sondern von anderer Seite erhielten.

Selbst wenn Staatssekretär Strauß und andere hohe Beamte nun der Koalitionsräson geopfert werden sollten, bliebe wohl noch offen, ob damit die Sache aus der Welt wäre. Denn es geht nicht nur um Stammbergers Amt, nicht nur um die Koalition. Das Ansehen der Staatsführung steht auf dem Spiel.

Lufthansa-Pendeldienst Hamburg-Frankfurt Köln, 31. Oktober (dpa) Auf der Strecke Hamburg-Frankfurt-Hamburg will die Deutsche Lufthansa versuchsweise vom 1. April 1963 an einen Pendeldienst einrichten. Die Flugkarte soll ungefähr ebensoviel kosten wie die entsprechende Eisenbahnfahrkarte erster Klasse. Das kommt einer Preisermäßigung um rund 25 Prozent gleich.

Im Pendeldienst werden die üblichen Abfertigungsformalitäten fortfallen; auf den Bordservice wird verzichtet. Man wird das Billett wie eine Eisenbahnfahrkarte am Schalter lösen und sofort einsteigen können. (S. Wirtschaft.)

Fünf Zonenbewohnern gelang die Flucht Hamburg, 31. Oktober (dpa) In der Nacht zum Mittwoch gelang wieder fünf Bewohnern der Zone die Flucht. In Berlin durchschwammen zwei junge Männer ein Grenzgewässer. Im Verwaltungsbezirk Braunschweig konnten zwei 18 und 20 Jahre alte Arbeiter unbemerkt über den Drahtverhau an der Zonengrenze klettern. Durch das eiskalte Wasser der Werra, die streckenweise die Grenze zwischen Hessen und Thüringen bildet, schwamm ein 23 Jahre alter Ingenieur aus Leipzig.

US-Blinkfeuersatellit umkreist die Erde Kap Canaveral, 31. Oktober (dpa) Der amerikanische Blinkfeuersatellit „Anna“ ist am Mittwoch auf dem amerikanischen Raketenversuchsgelände Kap Canaveral gestartet worden. Eine Thor-Able-Rakete brachte den Satelliten in eine rund 1120 km von der Erde entfernte Kreisbahn.

Das Blinkfeuer — 20mal am Tag fünf Lichtblitze — soll erst später angeschaltet werden. Durch Anpeilen und Fotografieren dieser Lichtzeichen von Meßstationen aus will man Entfernungen auf der Erdoberfläche, die Gestalt der Erde und die Stärke des irdischen Schwerkraftfeldes genauer als bisher messen.

## Über „Spiegel“-Aktion unzureichend informiert Noch keine Entscheidung Adenauers

Von unserem Korrespondenten

Ho. Bonn, 31. Oktober Bundesjustizminister Stammberger hat am Mittwochabend von Bundeskanzler Adenauer im Zusammenhang mit der Aktion gegen den „Spiegel“ seine Entlassung aus dem Amt gefordert. Sollte Stammberger aus der Bundesregierung ausscheiden, wollen auch die anderen der FDP angehörenden vier Minister ihre Entlassung fordern.

Nach einer zweistündigen Unterredung mit dem Bundeskanzler wurde in einem Kommuniqué der Bundesregierung mitgeteilt, daß der Kanzler seine Entscheidung am Freitag bekanntgeben werde. Der Bundesvorsitzende der Freien Demokraten, Mende, hatte unmittelbar zuvor angekündigt, daß Adenauer sich bis Donnerstag 12 Uhr, entscheiden wolle. Donnerstag ist Allerheiligen und somit gesetzlicher Feiertag in Bonn.

Minister Stammberger hatte von seinen Parteifreunden schwere Vorwürfe entgegennehmen müssen, weil er über die Aktion der Bundesanwaltschaft gegen den „Spiegel“, die am Freitag in Hamburg und Bonn anließ, erst am Montagvormittag ausführlich informiert worden war. Am Mittwochmorgen stand fest, daß zwar Staatssekretär Strauß, der zur CDU gehört, vom Bundesjustizministerium, nicht aber der Minister selber über die Absichten und das Vorgehen der Sicherheitsorgane informiert worden war. In Bonn wurde in diesem Zusammenhang von einer Koalitionskrise gesprochen.

In einer Sondersitzung ihrer Führungsgremien vertrat die maßgeblichen FDP-Politiker daher die Auffassung, daß der Minister aus dieser Tatsache die Konsequenzen zu ziehen habe, sofern nicht der Bundeskanzler bereit sei, eine befriedigende Erklärung abzugeben. In der entscheidenden Sitzung gaben die Freien Demokraten

## General und Oberst unter Hausarrest?

Bonn, 31. Oktober (dpa)

Zwei hohe Bundeswehroffiziere — ein Generalmajor und ein Oberst — sowie der stellvertretende FDP-Vorsitzende Döring und der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Jahn, stehen nach Bonner Informationen in Verdacht, dem „Spiegel“ Staatsgeheimnisse zugespielt zu haben. In Bonn wird mit Sicherheit angenommen, daß die Bundesanwaltschaft am Freitag die Namen bekanntgeben wird. Während die beiden Parlamentarier den „Spiegel“ über mehr oder weniger harmlose Gegenstände informiert haben sollen, soll der Verrat der beiden Offiziere weitaus schwerwiegender sein.

Wie in Bonn bekannt wurde, stehen die beiden Bundeswehroffiziere schon unter Hausarrest. Bei dem Material, daß sie dem „Spiegel“ zugänglich gemacht haben sollen, habe es sich um „Cosmic“-Protokolle der höchsten Geheimhaltung gehandelt, die ausschließlich dem Bundesverteidigungsministerium zur Verfügung stünden und den parlamentarischen Instanzen unbekannt seien. Aus diesen Protokollen soll der „Spiegel“ zitiert haben.

## Krishna Menon abgelöst Amerikanische Waffenluftbrücke für Indien

Nachrichtendienst der WELT

Neu-Delhi, 31. Oktober Der indische Verteidigungsminister Krishna Menon ist am Mittwoch von seinem Posten abgelöst und zum Minister für die Verteidigungsproduktion ernannt worden. Ministerpräsident Nehru hat zusätzlich den Posten des Verteidigungsministers übernommen. Die Ablösung folgte einer heftigen Kritik in Indien an den mangelhaften Verteidigungsvorkehrungen, die durch die militärischen Erfolge Chinas im Grenzkrieg offenbar wurden.

Die Vereinigten Staaten werden nach Mitteilung des State Department noch in dieser Woche eine Luftbrücke einrichten, über die Indien mit leichten Infanteriewaffen, Fernmelde- und Transportausrüstungen versorgt werden soll.

Zugleich suchte der Washingtoner Sprecher die Befürchtungen Karatschis zu zerstreuen, daß diese Waffen gegen Pakistan benutzt werden könnten. Die amerikanische Regierung betrachte die McMahon-Linie als gültig.

Die Regierung in Neu-Delhi kündigte ferner an, daß jeder Ausländer in Indien, der China in irgendeiner Weise unterstützt, verhaftet oder interniert werden kann. Alle indischen Bürger chinesischer Abstammung werden als Ausländer betrachtet.

Die Sowjetunion soll Indien mitgeteilt haben, daß die für die Modernisierung der indischen Luftwaffe zugesagten sowjetischen Düsenjäger vom Typ MIG 21 gegenwärtig nicht verfügbar seien. Dies verlautete am Mittwoch in Neu-Delhi. Die Flugzeuge sollten nach einem sowjetisch-indischen Vertrag im Dezember geliefert werden.



Wolfgang Stammberger Foto: dpa

ihrer Befürchtung Ausdruck, daß die ihrer Partei angehörenden Minister in Bonn und Düsseldorf bewußt über das Vorgehen der Bundesanwaltschaft nicht informiert worden seien.

Es hatte sich herausgestellt, daß auch der nordrhein-westfälische Innenminister Weyer (FDP) von seinem Staatssekretär Ludwig Adenauer (CDU) über die Einschaltung der nordrhein-westfälischen Kriminalpolizei nicht unterrichtet wurde.

Schon vor der Kabinettsitzung am Mittwoch hatte Justizminister Stammberger dem Bundeskanzler sein Rücktrittersuchen schriftlich übergeben.

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 5 und 6)

## Bundeskabinett billigt das Notstandsgesetz

Die Amerikaner haben dem Entwurf zugestimmt

Von unserem Korrespondenten

Schr. Bonn, 31. Oktober Das Bundeskabinett verabschiedete am Mittwoch den Entwurf für das Notstandsgesetz. Durch eine Ergänzung des Grundgesetzes sollen die zuständigen deutschen Behörden alle für den Fall des Staatsnotstandes erforderlichen Vollmachten erhalten. Die bis heute wirksamen Notstandsbefugnisse der Alliierten sollen damit fortfallen.

Die Zustimmung der amerikanischen Regierung zu dem Entwurf traf unmittelbar vor Beginn der Kabinettsitzung ein. Briten und Franzosen haben sich zu dem ihnen vor drei Monaten übermittelten Text noch nicht geäußert.

Bundesinnenminister Höcherl, der Vater des Gesetzentwurfes, hofft, wie er vor der Presse äußerte, daß der Entwurf bei der Opposition und beim Bundestag „Gnade findet“. Da das Gesetz die Verfassung ergänzt, bedarf es der Zweidrittelmehrheit.

Drei Punkte bezeichnete Höcherl als wesentlich für den Gesetzentwurf:

1. Die Notstandsverfassung ist unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Rechte erlöschen, die sich die Alliierten im Deutschland-Vertrag vorbehalten haben.

2. Sie ist ein wirksames Mittel gegen die Bedrohung unseres Staatswesens.

3. Sie entspricht zugleich den Erfordernissen des Rechtsstaates.

„Es muß absolut gesichert sein, daß Regierung und Parlament bei allen Notständen der Bedrohung begegnen können“, sagte der Bundesinnenminister. Bundestag und Bundesrat müßten Herr des ganzen Verfahrens sein.

(Fortsetzung Seite 2, Spalten 4 bis 6)

## Präsident de Gaulle bleibt im Amt

Von unserem Korrespondenten

H. B. Paris, 31. Oktober Staatspräsident de Gaulle bleibt im Amt. Dies geht aus Erklärungen hervor, die der General am Mittwoch vor dem Ministerrat in Paris abgegeben hat.

Ferner hat der General seinen Willen bekräftigt, eine neue Gerichtsbarkeit in Frankreich zu schaffen, die Delikte gegen die Staatssicherheit verfolgen soll. Im nächsten Parlament soll ein entsprechendes Gesetz unterbreitet werden.

Inzwischen sind bei den Gaullisten und den Oppositionsparteien die Vorbereitungen für die Novemberwahlen im vollen Gange. Unter dem Vorsitz von Kultusminister Malraux ist in Paris die „Vereinigung für die Fünfte Republik“ gegründet worden. Die Bewegung will den Ring der Isolierung durchbrechen, von der die Gaullisten im Wahlkampf bedroht sind. Die gaullistische UNR-Partei stand auch beim letzten Volksentscheid völlig allein.

Viel wird für die Gaullisten allerdings davon abhängen, ob sich der Staatschef entschließen sollte, zu ihren Gunsten in den Wahlkampf einzugreifen.

## Moskau schickt Mikojan nach Kuba

Weiterreise zu Präsident Kennedy vermutet

Nachrichtendienst der WELT

Moskau/Havana, 31. Oktober Ministerpräsident Chruschtschow wird, wie von zuständigem Seite in Moskau bekannt wird, seinen Stellvertreter Mikojan am Donnerstag nach Kuba entsenden. Unterrichtete Kreise des Ostblocks halten es für möglich, daß Mikojan anschließend zu Präsident Kennedy weiterfliegt.

UNO-Generalsekretär U Thant ist in seinen Gesprächen mit Ministerpräsident Castro über einen Abbau der Sowjetraketen auf Schwierigkeiten gestoßen. Während ein UNO-Beamter von sehr nützlichen Unterredungen sprach, betonte die Regierung Castro, ein Überkommen sei noch nicht zustande gekommen. Sie beharrt darauf, U Thant sei nicht zur Inspektion nach Kuba gekommen. In Washington rechnen diplomatische Beobachter damit, daß Castro ein Abkommen verzögern wird.

Die Moskauer parteiamtliche „Prawda“ beschuldigte unter Hinweis auf die Exilkubaner, die sich offenbar bei der bisherigen Entwicklung übergegangen fühlen, die Vereinigten Staaten, einen neuen Vorwand für einen Angriff gegen die Zuckerinsel zu suchen. Radio Moskau sprach von rechtsgerichteten US-Senatoren, die nach Blut dürsteten. Der Sender erklärte, Castros Forderungen an die USA, unter denen sich auch die nach Aufgabe des Stützpunktes Guantanamo befand, „entsprechen der Gewährleistung der Unabhängigkeit der kubanischen Republik“.

Ministerpräsident Castro hat seinen ständigen UNO-Botschafter Inchausteg durch den bisherigen Missionschef Kubas in Mexiko, Lechuga, ersetzt.

Der jugoslawische Präsident Tito hat eine internationale Garantie für Kuba gefordert. (Ringeln um Garantieforn: Seite 4.)



U Thant und Fidel Castro. Telefoto: DIE WELT/UPI sitzen sich in der Hauptstadt von Kuba, Havana, gegenüber. Von links: Omar Loufti (Ägypten), U Thant, Hernane Tavares de Sa (Brasilien). Rechts am Tisch von rechts: der kubanische Präsident Dorticos, Fidel Castro und Außenminister Raul Roa.

## Sozialpaket in Abwesenheit der FDP verabschiedet

Bonn, 31. Oktober (dpa)

Das Bundeskabinett hat am Mittwochabend die drei Gesetzentwürfe des sogenannten Sozialpakets in Abwesenheit der zur FDP gehörenden Minister verabschiedet. Das Sozialpaket, das noch immer umstritten ist, enthält Gesetzentwürfe über die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall, über die Krankenversicherung und die Verbesserung des Kindergeldes.

## Kurse bröckelten ab

Von unserem Redaktionsmitglied

Hamburg, 31. Oktober Die Kursentwicklung an der Börse war am Mittwoch enttäuschend. Nach der weiteren kräftigen Erholung der Notierungen in New York blieb die erwartete Befestigung aus. Die Börse eröffnete auf Vortagsniveau. Dann gaben die Kurse jedoch in der Mehrzahl nach.

## Naßkaltes Wetter

Nachrichtendienst der WELT

Hamburg, 31. Oktober Vom Atlantik her nähert sich dem europäischen Festland ein neues Tief, so daß nur eine vorübergehende Wetterberuhigung eintritt. Bei wechselnden Niederschlägen, die in Schauer übergehen, sagen die Meteorologen naßkaltes Wetter für die gesamte Bundesrepublik voraus. (Siehe Tagesbericht.)

## Vorsorge für den Notstand

Von GEORG SCHRÜDER, Bonn

Höcherls neuer Gesetzentwurf Die Stellung der Alliierten Position des Parlaments verstärkt

Endlich ist die Bundesregierung über ihren eigenen Schatten gesprungen. Sie hat ein Notstandsgesetz verabschiedet, das gute Aussichten hat, die notwendige Zweidrittelmehrheit des Bundestags und die Zustimmung des Bundesrats zu finden. Das aber ist entscheidend. Es sei denn, man bezweifle, daß sich die außerordentlichen Rechte, deren jede Regierung bei einem äußeren und bei einem inneren Notstand bedarf, überhaupt in detaillierte Paragraphen fassen lassen.

Wer an ein überverfassungsrechtliches Notstandsrecht glaubt, wer also meint, auf ein geschriebenes Gesetz verzichten zu können, wird — so grotesk das klingt — in Otto Brenner und der ihm folgenden Gewerkschaftsmehrheit, die die Notstandsgesetzgebung grundsätzlich ablehnte, ungerufene Helfer sehen. Dennoch handelt es sich bei den einen wie bei den anderen um politische Außenseiter. Man darf hoffen, daß dort, wo die Entscheidung fallen wird, also im Parlament, mit Recht über sie hinweggegangen wird.

Heute geht es trotz Brenner nicht mehr um die Frage, ob das Grundgesetz durch die Einfügung eines Artikels 115 geändert werden soll. Heute geht es ausschließlich darum, wie dieser Notstandsartikel formuliert wird. Damit soll nicht verkannt werden, wie bedeutungsvoll, ja, wie unvermeidbar die Diskussion war zwischen denen, die primär Pflicht und Recht der Regierung sehen, den Staat und seine Bewohner zu schützen, und jenen, die immer zuerst an die Bewahrung der Freiheit des Bürgers, die Respektierung seiner Grundrechte und an die Erhaltung des Rechtsstaates denken. Gewiß: die Vergangenheit schreckt. Aber darf der Schrecken uns lähmen, so daß wir das Unausweichliche nicht tun?

Das Unausweichliche ist die Abänderung des in Artikel 5 Absatz 2 des Deutschland-Vertrages niedergelegten Vorbehaltes der Alliierten. Bis heute haben sie die Notstandsbefugnisse. Sie besitzen es bis zu dem Tage, an dem die deutschen Behörden durch Gesetzgebung die für den Fall des Staatsnotstandes erforderlichen Vollmachten erhalten. Ob alle Bürger der Bundesrepublik sich bewußt sind, was das bedeutet? Ob sie wissen, daß damit, so wie die Dinge heute liegen, im Falle eines Notstandes, und das braucht nicht nur ein militärischer Konflikt zu sein, die tatsächliche Regierungsgewalt aus den Händen unserer Regierung entgleiten und in die von alliierten Befehlshabern wieder zurückfallen könnte, es sei denn, diese gäben sie freiwillig an die Bundesregierung zurück?

Es bedurfte nicht der Kuba-Krise, um uns aufzurütteln aus der biedermeierischen Trägheit, solche Überlegungen seien abstrakte Gehirnspinne, da ja nicht sein könne, was nach dem Wunsch auch nicht sein dürfe. Keine Selbsttäuschung: die Dringlichkeit der Notstandsgesetzgebung besteht nicht erst seit vierzehn Tagen. Sie ist seit 1955 gegeben. Es sei denn, man verzichte darauf, Staat sein zu wollen und begnüge sich mit der Vorstellung des Protektorats im Ernstfall.

Das will keine der im Bundestag vertretenen Parteien. Das wünscht keines der im Bundesrat vertretenen Länder. Deshalb müssen auch heute manche, die Bedenken gegen allzu perfektionierte Paragraphen haben und andere, die sie noch perfektionierter wünschten, ihre Bedenken zurückstellen. Wenn man, was dringlich ist, die alliierten Rechte ablösen will, dann müssen sich im Bundestag alle zusammenraufen, damit die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit gesichert wird.

Das Schicksal des 1960 vom damaligen Bundesinnenminister Gerhard Schröder vorgelegten Entwurfes hat das bewiesen. Sozialdemokraten, Freie Demokraten, aber auch der Bundesrat lehnten ihn ab. Damit war der Entwurf ein totes Stück Papier, das selbst der Bundesrat, in dem nicht die Opposition, sondern die

(Fortsetzung Seite 2)